

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beilage oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Die Novelle zum Militärpensions-Gesetz.

Von Mitgliedern der verschiedensten Parteien des Reichstages ist mit seltener Einmütigkeit bei der Beratung des Entwurfs für eine Umgestaltung des Militärpensionsgesetzes der Ueberzeugung Ausdruck gegeben worden, daß endlich eine Reihe unbilliger Härten, die der gegenwärtige Zustand zum Schaden der ehemaligen Offiziere enthält, beseitigt werden, ohne jedoch die berechtigten Ansprüche vollständig zu erfüllen. Vor allem wurde betont, daß für die Teilnehmer an den Feldzügen noch besser gesorgt werden müsse und daß darin eine Verpflichtung des deutschen Volkes gegen die Männer ruhe, die ihr Leben für das Vaterland eingesetzt haben.

Eine besondere Ungerechtigkeit lag bisher in der verschiedenen Behandlung, welche ehemalige Zivilbeamte und Offiziere bei dem Uebertritt in den Kommunaldienst erfahren. Schied a. B. ein Jurist aus der Justiz oder der Verwaltung aus, um im Kommunaldienst eine Stelle zu übernehmen, so bezog er seine etwaige Pension ruhig weiter, wenn er auch noch so hoch bezahlte Posten erhielt. Anders die ehemaligen Offiziere. Ihnen wurde die Pension gekürzt, sobald ihr Gehalt im Kommunaldienst mit der Pension zusammen das pensionsfähige Einkommen ihrer militärischen Charge überstieg. Ein pensionierter Sekondeleutnant, dessen Pension durchschnittlich 487 Mark beträgt, erhielt Kürzungen, sobald er in einer Zivilstelle über 1459 Mark erhielt, denn das pensionsfähige Einkommen seiner Charge betrug 1946 Mark. Suchte er also durch Fleiß und Treue seinen Lebensunterhalt zu verdienen, so hatte er stets den Verlust seiner früher erzielten Pension zu gewärtigen und nur der Militärpensionsfonds zu einem Nutzen davon. Man muß dabei sich noch erinnern, daß der größte Teil der früheren Offiziere im Dienst Schaden an seiner Gesundheit gelitten hat und deshalb ausbleiben mußte, was bei den ehemaligen Staatsbeamten durchaus nicht der Fall war. In diesen ganz ungerechtfertigten Zuständen wird nun Wandel geschaffen und künftig soll eine Kürzung der Pension für ehemalige Offiziere im Kommunaldienst nicht mehr eintreten.

Auch bei der Anstellung pensionierter Offiziere im Reichs- und Staatsdienst haben sich ähnliche Uebelstände durch die Kürzung der Pension ergeben. Wie die Begründung der Novelle anführt, könnte ihnen ersöhnend nur abgeholfen werden, wenn die Pension beim Uebertritt in den Reichs- oder Staatsdienst überhaupt nicht gekürzt würde. Aus finanziellen Gründen läßt sich dies nicht allgemein durchführen und man wollte daher nur den bisher am härtesten betroffenen Pensionären — Premier- und Sekondeleuten — zu Hilfe kommen, indem man bei ihnen den Betrag ermäßigt, wenn Pension und Gehalt zusammen 3000 Mark übersteigen. Rückwirkende Kraft soll diese Verbesserung nur für die bereits ausgeschiedenen Offiziere haben, die am Feldzug 1870-71 teilgenommen oder seitdem durch eine militärische Aktion, oder durch Seereisen invalide geworden sind.

Wer die ungemessenen Schwierigkeiten kennt, mit denen ein invalide gewordener Offizier zu kämpfen hat, wenn er eine Stellung finden will, die ihm den Lebensunterhalt gewährt, der wird den Vorschlag der Novelle nur billigen können, aber zugleich auch ihn als nicht ausreichend bezeichnen müssen. Wir möchten vorschlagen, daß bei allen Offizieren der Votenants- und Hauptmannscharge, die den französischen Krieg mitgemacht haben, überhaupt keine Kürzung der Pension eintreten darf. Dies erscheint uns so leichter durchführbar, als dadurch nur der Reichsinvalidenfonds belastet wird, und dessen Bestimmung ist es doch nicht, Zinsen auf Zinsen zu sammeln, sondern den Kämpfern von 1870-71 die nötige Hilfe zu gewähren. Die Grenze von 3000 Mark, welche die Novelle für Votenants festsetzt, will, ist zu niedrig gegriffen, da aber, wie erwähnt, ein völliges Aufheben der Kürzung der Pension aus finanziellen Gründen nicht möglich ist, so läßt sich vielleicht ein Ausweg finden, indem man das pensionsfähige Einkommen des Hauptmanns zweiter Klasse, 3590 oder rund 3600 Mark, durch Gehalt aus Zivilstelle und Pension nicht übersteigen läßt.

Bisher hatte die Bestimmung Gültigkeit, daß mit der Gewährung einer Zivilpension aus Reichs- oder aus Staatsfonds bis auf Höhe des Betrags derselben das Recht auf den Bezug der früheren Militärpension wegzufallen habe. Künftig soll nun ein Militärpensionär, der im Reichs- oder Staatsdienst eine Zivilpension erlangt, an ihrer Stelle die ganze früher erzielte Militärpension, sofern sie lebenslanglich zuerkannt war, wieder aus Staatsfonds erhalten und daneben den etwaigen Nebetrag der Zivilpension aus dem betreffenden Zivilpensionsfonds. Daraus muß man andererseits den Schluß ziehen, daß einem Militärpensionär, der nach seinem Ausscheiden aus dem Heer eine Zivilstelle erhält, die ein geringeres pensionsfähiges Einkommen hat als seine militärische Charge, und auf eine gültig pensioniert wird, dann die Pension nach dem höheren Einkommen als Soldat berechnet wird. Dem ist leider bisher nicht so gewesen, wie folgender Fall beweist.

Ein Hauptmann wurde 1870 durch dreifache schwere Verwundung verstimmt und vollständig invalide. Er mußte ausbleiben und es gelang ihm, durch energischen Fleiß und Befehlen einer Nachprüfung eine Anstellung im Staatsdienst zu erhalten, die er 15 Jahre und 10 Monate bekleidete, dann aber mit zunehmendem Alter aufgeben mußte, weil die Folgen seiner Verwundungen ihn zum dauernden Gebrauch von Heilquellen zwangen. Er beantragte seine Pensionierung. Seine militärische Charge hat ein pensionsfähiges Einkommen von 5030 Mark, seine Zivilstelle ein solches von 4092 Mark, und nun erhielt er nach einer Gesamteinkunft von 37 Jahren (22 im Heer und 15 im Zivildienst) seine Pension berechnet nach dem niederen Satz, und zwar 2865 Mark, d. h. nur 601 Mark mehr, als er 15 Jahre vorher bei seiner Aushebung aus dem Heere zu beanspruchen hatte. Er wandte sich an den Minister mit der Bitte, der Pension das höhere pensionsfähige Einkommen zu Grunde zu legen, wurde aber darin befriedigt, daß die Bemessung der Pension nach Maßgabe der Bestimmungen des preussischen Gesetzes vom 27. März 1872 betreffend die Pensionierung der unmittelbaren Staatsbeamten erfolgt sei, nach welchem das zuletzt bezogene Dienstverdienst maßgebend ist.

Nun bestimmt aber der § 7 des Reichsgesetzes vom 27. Juni 1871 betreffend die Pensionierung und Versorgung der Militärpersonen des Reichsheeres und der Marine, daß ein Offizier, der in einem militärischen Dienstverhältnis mit geringem Dienstverdienst, als derselbe bisher etwa mäßig bezogen hat, verwandelt wird, seine Pension nach dem vorher bezogenen höheren Dienstverdienst berechnet erhalten soll, und die ganz gleiche Vorschrift enthält auch der § 11 des preussischen Gesetzes vom 27. März 1872. Da eine Bestimmung fehlt, daß beim Uebertritt aus dem Militärdienst in den Zivildienst dieselben Grundätze maßgebend sein sollen, wie sie die erwähnten Gesetze innerhalb der beiden Ressorts feststellen, so erlitt der verwundete Offizier eine Schädigung von 656 Mark jährlich, denn er hätte nach seiner Charge 3521 Mark Pension erhalten.

Uebelstände und Ungerechtigkeiten dieser Art befähigt die Vorlage für künftig austretende Offiziere. Leider ist nicht darin gesagt, daß rückwirkende Kraft der Verbesserung gegeben werden muß für die Teilnehmer an dem Feldzuge von 1870-71. Es ist unerlässlich, daß diejenigen, die Leib und Leben für die Größe des Vaterlandes in die Schanze geschlagen haben, alle Vorrechte mit genießen, die in der Folge ihren Anverwandten zu Teil werden. Man darf nicht schaden und feilschen, wenn es gilt, die Männer zu entschädigen, die mit ihrem Blut uns das deutsche Reich erworben haben.

Deutschland.

Berlin, 4. April. Der Kaiser erlebte am ersten Osterfeiertage in den Morgenstunden die Regierungsgeschäfte und wohnte darauf mit der Kaiserin dem Gottesdienste in der Dom-Interimskirche bei. Am Nachmittag, nach der Frühmahlzeit, begaben sich Ihre Majestäten nach dem Schlosse Bellevue, woselbst alsbald darauf auch die kaiserlichen Kinder, sowie auch die Kinder des Prinzen Albert von Sachsen-Altenburg und einiger anderer dem Hofe nahestehender Personen zur Feier des Osterfestes eintrafen, um, wie alljährlich, bei schönem Wetter in den Gartenanlagen ein Ostererkerchen für die Kinderwelt zu veranstalten. — Hieran nahmen die Majestäten mit den geliebten Gästen im Schlosse Bellevue den Thee ein, internamnen darauf noch eine kurze Spazierfahrt durch den Thiergarten und feierten sodann wieder nach dem königlichen Stadtschlosse zurück. Dort fand am Abend um 7 1/2 Uhr die Familienfeier statt. — Am gestrigen Vormittag hatte das Kaiserpaar gegen 10 Uhr eine gemeinsame Spazierfahrt unternommen, von der das Kaiserpaar nach 12 Uhr wieder im königlichen Schlosse eintraf. Nachdem erlebte der Kaiser Regierungsgeschäfte und nahm am Nachmittag um 1 Uhr den Hofbaurath Ihnischen Entwurf für die Umgebungen des Denkmals des hochseligen Kaisers Wilhelm I. in Augenschein.

Ueber die Feier des Geburtstages des Fürsten Bismarck wird aus Friedrichshagen geschrieben: Von dem herrlichsten Sommerwetter begünstigt, trafen zahlreiche Verehrer des Fürsten ein, um demselben an seinem Geburtstage Dankschreiben darzubringen und so oft sich der alte Reichsfürst in seiner Militär-Uniform dem Publikum zeigte, brach letzteres in jubelnde Zurufe aus. Im Laufe des Tages trafen, wie alljährlich, zahlreiche Glückwunsch-Telegramme aus allen Theilen des Reiches ein, darunter ein solches von dem Prinzregenten von Bayern. Auch aus anderen Kreisen waren zahlreiche Glückwünsche eingegangen, besonders die Industriellen des Reichs waren reichlich vertreten. Auch ein von 69 Mitgliedern der Reichspartei und der freikonservativen Partei unterzeichneter Glückwunsch ist nach Friedrichshagen abgegangen. In dem Geburtstagsartikel der „Hamburger Nachrichten“ heißt es:

„Für die Tiefe und Ehrlichkeit der Gefühle, die am heutigen 78. Geburtstag des eheernen Königs überall im deutschen Reich sich regen und nach einem Ausbruch suchen, der dem Geistesleben der übrigen Welt wahrnehmbar ist, giebt es kein besseres Zeugnis, als die Thatfache, daß diese Kundgebungen einem Manne gelten, von dem man menschlicher Voraussicht nach nichts mehr zu erwarten hat, als den Ausbruch seiner Freude über Treue, die ihm gehalten wird. Denn daß Fürst Bismarck trotz aller körperlichen und geistigen Kräfte je wieder ins Amt zurückkehren könne oder dies erwarte, glauben selbst seine Gegner nicht. Und wenn sie es doch thun, so unterliegen sie das Selbstgefühl des Fürsten. Was sollte ihn, der Jahrzehnte hindurch alle Macht und alles Ansehen des größten europäischen Staatsmannes in sich vereinigt hat, wohl veranlassen, in seinem hohen Alter das nämliche noch einmal zu erleben, was er früher längst befaß? Was sollte ihn bewegen, auch nur wieder den Einfluß auf die Leitung der Geschäfte zu gewinnen, den ihm Graf Caprivi selbst für den Fall der Annäherung abfreitete? Die Stellung des Fürsten Bismarck in der Weltgeschichte ist gesichert, weshalb sollte er sie am Abend seines Lebens ohne Noth aus dem Spiel setzen? Dies würde er aber thun, wenn die Annäherung, die von so vielen erwartet wird, wirklich stattfände. Von diesem Augenblicke an würde Fürst Bismarck für alles, was geschieht, mit verantwortlich gemacht werden, ohne daß er wie früher die Macht hätte, den Gang der Dinge, für die er dann mit in Anspruch genommen würde, nach seinem eigenen Ermessen zu bestimmen. . . . Daß dem Vaterlande der Rath des großen Staatsmannes, einerlei von welcher Stelle aus, in der Stunde der Gefahr nicht vorzuenthalten bleiben würde, ist selbstverständlich und kam zur Verhütung patriotischer Verwirrung völlig ausreichen. Die Hauptfrage ist, daß Fürst Bismarck überhaupt noch unter uns weilt; das übrige ist seine Sache und die der göttlichen Vorsehung.“

Einen großen Umfang nahm die Donation, welche die Schleswig-Holsteiner dem Fürsten veranlaßt hatten. Etwa 1500 an der Zahl, mit blau-weiß-rothen Bändern geschmückt, wurden sie in den fürstlichen Garten geleitet, wo Fürst Bismarck mit seiner Familie und einigen Hamburger Gratulanten auf dem Altan sie erwartete. Der Fürst lag ungemein frisch aus, er hatte die Interimsuniform seiner Kürassiere angelegt. Gymnasialdirektor Wallisch-Rensberg hielt eine längere Ansprache. Fürst Bismarck erwiderte in längerer Rede. Er bezeugte sich als engen Landsmann der Schleswig-Holsteiner, den eine so großartige Kundgebung wohlthuend berührte, denn nirgend-

sei das Sprichwort, der Prophet gelte nichts im Vaterlande, praktischer entwickelt, als in Deutschland. Der Fürst berührte die Annexion Schleswig-Holsteins und sagte dazu: Er sei immer für die Annexion in Preußen gewesen, aber weniger im Sinne einer Gebietsvergrößerung Preußens als aus Liebe zu den deutschredenden Nachbarn. Er habe auch von Anfang gemeint, daß die Frage ohne Schwertschlag nicht entscheidbar sei. Für Schleswig-Holstein habe das Wort gegolten: das walt Gott und tollt Men; jetzt heiße es: es ewig angehebt mit deutsches Mit. Schleswig-Holstein sei jetzt stammverwandt von Schleswig bis zum bairischen Odenwald. Diese Stammverwandtschaft zum deutschen Reich könnten wir nicht besser ausdrücken, als einzustimmen in ein braufendes Hoch auf den Schirmherren aller Stämme des deutschen Reiches, unsern Kaiser. Darauf stimmten die Anwesenden das Nationallied an. Aus dem Erschienen je ein Vertreter der Bürgerschaft „Mannheim“, des akademisch-musikalischen Vereins „Macaria“ und des philosophisch-historischen Vereins, um die Glückwünsche der Universität zu überbringen. Fürst Bismarck antwortete, es freue ihn, daß die Jugend seiner Gemüter, um der Nachwelt Kunde zu geben, daß er einst seine Pflicht gethan; denn leider sei er mit seinen Zeitgenossen mehr zerfallen, als vielleicht mit der kommenden Generation. Nur einmal habe er seine Pflicht nicht ganz gethan: das war als Student, und das einzige, was er bedauere, ist, damals zu wenig gearbeitet zu haben. Als dann für das Erscheinen der akademischen Abordnung überreichte der Fürst jedem Studenten eine Rose.

Bei dieser Gelegenheit sei auch berichtet, daß der Gedanke, auf dem Marktplatz zu Jena, wo Fürst Bismarck im Sommer vorigen Jahres zum thüringischen Volk seine bedeutsame Rede gehalten hat, einen Bismarck-Brunnen zu errichten, letztere Gestalt gewonnen hat. Ein erheblicher Theil der auf etwa 8000 Mark geschätzten Kosten ist bereits gesichert, den noch fehlenden Theil hofft der eingesezte Ausschuss durch Sammlungen zu erhalten. Die Ausführung des Brunnens wird dem einfachen Verhältniß der Stadt angepaßt werden; er soll insofern ein Kunstwerk sein und dem Markte zur Zierde gereichen.

Auch die übliche Sendung von Ribisierern traf pünktlich aus Jever ein, demselben war folgender Spruch beigelegt: „Mag of de Welt ut fogen gahn. — In Xec to Di blivet allried stahn. — Die Getreuen.“

Der Bezirksamtmann von Moensleben, welcher an Stelle des nach Dessau zum dortigen General-Konulat veretzten Dr. Krabbes mit der Verwaltung des Bezirksamts Victoria an der Ambrosy im nördlichen Kamern betraut wurde, ist Mitte Februar mit seiner Frau in Kamern eingetroffen und hat sich mit dem Gouvernementsdampfer „Nachtigall“ alsbald nach Victoria begeben. Neuen Nachrichten zufolge hat er kurze Zeit nach seiner Ankunft mit dem Humpfing Raba von Buea am Kamerun-Gebirge Unterhandlungen anknüpfen können. Seit dem Kampfe, welchen die Expedition des dabei gefallenen Hauptmanns von Buea, v. Graveurens dort mit den Bahviri hatte, sind diese Leute immer aufständig geblieben, sie hatten Buea von neuem stark befestigt und verhindert alle Versuche, mit ihnen in Verbindung zu kommen. Wegen der Schwierigkeiten, welche ein Zug in das umgefahr 2500 Meter über dem Meere gelegene Land bot, ist bisher die Bestrafung der Bahviri nicht erfolgt. Jemand eine Abmachung mit den frizerschen und selbstbewußten Eingeborenen war aber um so dringlicher, als Victoria ganz offen ist und keine Schutztruppe besitzt, außerdem litt es unter dem vollkommenen Abbruche des Handelsverkehrs mit den Bahviri und den benachbarten Stämmen. Schon die Thatfache, daß Amtmann von Moensleben Verhandlungen einleiten konnte, ist daher von Bedeutung; von seiner Geschäftlichkeit hängt es ab, ob dieselben zu einem günstigen Ergebnisse kommen.

Die fortgeschriebene Bevölkerungszahl Berlins betrug für den 12. März d. J. 1.663.795. — In der Woche vom 12. bis 18. März wurden polizeilich gemeldet 2765 zugezogene Personen und 2924 weggezogene.

Vergewöhnliche Lotterievereine wollen aus Anlaß der Vermehrung der Loose für die preussische Klassenlotterie bei der königlichen Generaldirektion der preussischen Lotterie vorstellig werden, die Gewinne von 210 Mark auszuscheiden und dafür Gewinne von 300 Mark als die niedrigsten einzustellen.

Seit der ersten Auffahrt des Ballons „Humboldt“ sind durch Vermittelung eines Berichters Angriffe gegen Professor Ahmann und seine Genossen der Fahrt verbreitet worden, die zwar nur in einem kleinen Theile der Presse Aufnahme fanden, aber doch durch ihre bestimmte Fassung geeignet waren, bei oberflächlicher Urtheilung den Gedanken zu erwecken, daß sie, wenn auch nur in geringem Umfange, berechtigt sein könnten. Der „Reichsanzeiger“ weist die Angriffe in einem langen, sehr energischen Artikel zurück, dem folgende Stellen entnommen sind:

„Erst dem Gründungsgeiste und dem Eifer Ahmanns von Professor Ahmann ist es gelungen, die ganz außerordentlichen Schwierigkeiten zu überwinden, welche sich der Gewinnung zuverlässiger Angaben für Temperatur und Feuchtigkeit bei Ballonfahrten bisher entgegenstellten hatten. Nachdem dieser Schritt gethan war, schien es an der Zeit, die wissenschaftlichen Luftfahrten von Neuem aufzunehmen, ein Unternehmen, dessen Durchführung Professor Ahmann nun seit Jahren mit größtem Eifer vorbereitet. Es wurden deshalb schon während der letzten Jahre verschiedene Fahrten bis zu mäßigen Höhen ausgeführt, die sämtlich glücklich verlaufen sind, und bei denen höchst werthvolle Ergebnisse gewonnen wurden, die jedoch erst später zur völligen Durcharbeitung und Veröffentlichung gelangen sollen. In diesen Fahrten, von denen die meisten unter Führung des Premierlieutenants Groß gemacht wurden, haben sich außer Professor Ahmann verschiedene der Herren des meteorologischen Instituts betheiligt, so daß für die jetzt auszuführenden Fahrten bereits ein Stamm geschulter Beobachter zur Verfügung steht.“

Daß man hierbei wesentlich die jüngeren Kräfte ins Auge faßt, ist selbstverständlich, ebenso begreiflich aber wird man es finden, daß Professor Ahmann, aus dessen Initiative das ganze Unternehmen hervorgegangen ist und der überdies auch in Ballonfahrten kein Neuling mehr war, es sich nicht wollte nehmen lassen, die erste Fahrt selbst mitzumachen und sich selbst von dem Zume-

tionieren der von ihm erfindenen und für diese Fahrten abemals wesentlich verbesserten Instrumente zu überzeugen.

Ebenso wenig bedarf es eines besonderen Beweises, daß bei diesen Fahrten, abgesehen vom Führer des Ballons, nur streng wissenschaftlich ausgebildete Beobachter mitgenommen werden können, da sonst der Zweck des Ganzen verfehlt würde. Was nun die Führung eines derartigen Ballons betrifft, so darf man nicht vergessen, daß es sich hier um eine Aufgabe handelt, die nicht mit dem gewöhnlichen Maßstabe gemessen werden darf, vor allem nicht mit jenem, den man bei den Fahrten anzulegen hat, welche die gewöhnlichen Berufs-Luftschiffer zur Unterhaltung des Publikums ausführen. Bei diesen Fahrten beschränkt man sich darauf, unter günstigen Witterungsverhältnissen wenige hundert Meter hoch zu steigen, um in geringer Entfernung von dem Punkte der Abfahrt wieder zu landen. Hierzu genügen kleine Ballons, die leicht zu beherrschen sind und bei eintretendem vorzeitigem oder allzu raschem Sinken durch Auswerfen von wenig Ballast sofort wieder zum Steigen gebracht werden können.

Sowie es jedoch darauf ankommt, bei den verschiedensten Witterungen zu fahren, größere Höhen zu erreichen, mächtige Ballons, die durch ihre Größe und längere Zeit oben zu bleiben, dann wachsen die Schwierigkeiten in ungeahnter Weise und dann werden an die Unmöglichkeit und Geistesgegenwart des Führers Anforderungen gestellt, wie sie nur wenigen eigen sind. Dies gilt in besonders hohem Grade von dem Ballon „Humboldt“. Dieser Ballon ist dafür bestimmt, schon bei Füllung mit gewöhnlichem Gase sehr beträchtliche Höhen zu erreichen, bei solcher mit leichtem Gase aber die größten, welche dem Menschen vermöge seiner Körperbeschaffenheit überhaupt zugänglich sind. Zu diesem Zweck muß er nicht nur die gewöhnlichen zu Schanstellungen dienenden, sondern auch die Militärballons an Größe weit übersteigen. Mit der Größe aber vermehren sich die Schwierigkeiten der Führung in reichem Maße. Ganz abgesehen davon, daß die Anwesenheit der vielen Instrumente und die Rücksichtnahme, die sie erfordern, das Hantieren im Ballon wesentlich beeinträchtigt. Ein Zusammenhalten dieser Apparate mit jenen der gewöhnlichen Ballons, wie sie von Vergnügungsfahrern aufsteigen, ist demnach ebenso fehlerhaft, als wollte man eine wissenschaftliche Entdeckung mit einer Spazierfahrt vergleichen.

Breslau, 3. April. Am 7. und 8. April findet in Breslau ein freimüthiger Delegirtenkongress des Regierungsbezirks Breslau statt.

Berlin, 1. April. Laut offizieller Berliner Meldung trifft der Kaiser hieselbst zur Entbaltung des Kaisers Wilhelm-Neiterlandbildes am 18. Mai, Mittags 12 1/2 Uhr ein. Er begiebt sich vom Bahnhofs direkt nach dem Festplatz.

Wilhelmsbafen, 1. April. Das vom Kontradmiral von Falvelz befehligte Kreuzergeschwader, bestehend aus der Kreuzergregate „Leipzig“, den Kreuzerbooten „Alexandria“, „Arcadia“ und „Maria“, ist gestern aufgelöst und gleichzeitig das Flaggschiff „Leipzig“ in die Heimath zurückberufen worden. Während die Auflösung des Geschwaders völlig überraschend gekommen ist, hatte man auf die Rückkehr S. M. S. „Leipzig“ mehr oder weniger bestimmt gerechnet, weil dieselbe bereits seit fünf Jahren in außerordentlichen Gewässern gekreuzt hatte und zudem einem veralteten Typ, dem der Kreuzergregaten, angehört. Was zu der plötzlichen Auflösung des Geschwaders Anlaß gegeben, entzieht sich eintheilen der Beurtheilung, doch scheint man kaum fehlzugehen in der Annahme, daß in erster Linie finanzielle Rücksichten hierbei mitgewirkt haben. Wenigstens deutet darauf der unmittelbare Vorstuf des Staatsjahres ergangene Befehl. Politische oder marinepolitische Motive dürften denselben um so weniger veranlaßt haben, als man mit der jetzigen Organisation des Kreuzergeschwaders, wie die letzten Jahre deutlich gezeigt haben, recht gute Erfahrungen gemacht hat. Auf die Dauer wird Deutschland mit seinen vielverzweigten überseeischen Verbindungen eines steigenden Geschwaders wohl kaum entbehren können. — Die Kreuzergregate „Leipzig“ verließ Deutschland im Juni 1888 und ging von Wilhelmshafen über Gibraltar und Port Said direkt nach Santhibar, um an Stelle der „Bismarck“ die Führung des damals dem Kontradmiral Deinhard unterstellten Kreuzergeschwaders (Olga, Karola, Sophie) zu übernehmen. „Leipzig“ leistete im Moladegeschwader wesentliche Dienste bei der Niederwerfung des Araberaufstandes, ein großer Theil der Belagerung kämpfte mit bei der Erstürmung des Aufständischen Vages umweit Bagamoyo, sowie bei Pangani. Vor zwei Jahren wurde anlässlich des äthiopischen Bürgerkrieges die Gergate in weiteren Kreisen bekannt, als der auf ihr eingeschiffte Geschwaderchef Kontradmiral Balots das Schiedsrichteram zu Valparaiso übernahm.

Niederlande.

Amsterdam, 30. März. Der Gemeinderath hat den Antrag Wille auf Aufhebung der städtischen Universität gesten mit 26 gegen 9 Stimmen verworfen. Ein erbittertes Wortgefecht ging vorher. Um Gründe war der Antragsteller nicht verlegen; die Stenoren stiegen und lasten um so schwerer auf dem mittleren Bürgerthum, als der fortwährende Abzug von Rentnern und Großhändlern in die Umgebung der Stadt mit gleichzeitigem Abzug mittlerer Menschen aus den Provinzen der städtischen Kasse jährlich große Summen entzieht. „Wenn eine Haushaltung in Roth ist, entäußert sie sich zuerst ihrer Kleinode“, jagte Herr Wille, „man nennt die Universität fortwährend die Perle an der Krone Amsterdam; gut, verzichten wir also zuerst auf diesen für uns so kostbaren Schmuck!“ „Dann wäre es besser“, sagte ein seiner Antrag bekämpfendes Mitglied, „man verkaufte die Rembrandtsche Nachtwache“, worauf Wille trocken erwiderte, man möge nur Geduld haben, denn bei der bisherigen Wirtschaft werde die Gemeinde über kurz oder lang auch wohl dahin kommen. Die jährlichen Ausgaben für die Universität belaufen sich auf etwa 250,000 Gulden, wozu die Kosten der für wissenschaftliche Zwecke errichteten und ausgestatteten Gebäude kommen. Freilich, wenn die Universität nicht da wäre, so wäre an ihre Gründung unter den heutigen Verhältnissen kein Neuling mehr war, es sich nicht wollte nehmen lassen, die erste Fahrt selbst mitzumachen und sich selbst von dem Zume-

richt haben und denen namentlich die Anwesenheit einer theologischen Fakultät an der städtischen Universität ein Dorn im Auge ist, unterstützen den Antrag. Als das Ergebnis der Abstimmung bekannt wurde, erhob sich in dem hauptsächlich mit Studenten besetzten Zuschauerraum lautes Hurrahrufen und am studentischen Vereinsgebäude wurde die Flagge gehißt. Die Universität wäre also bis auf weiteres gerettet, auf wie lange, ist aber eine andere Frage. Denn wenn das Volksoverretung vorliegende neue Maßgeßes angenommen werden sollte, dann würde der Gemeinderath voraussichtlich in nicht allzuferner Zeit eine radikale Mehrheit aufweisen und dann kann niemand wissen, was geschieht.

Belgien.

Gent, 2. April. Gegen Tausend französische Sozialisten trafen heute aus Roubaix unter Führung des Maires hier ein und wurden am Bahnhof von zahlreichen belgischen Sozialisten empfangen. Die französischen Sozialisten begab sich sodann nach einem Versammlungslokal, woselbst Nachmittags 3 Uhr eine Sitzung zur Prüfung der Frage des allgemeinen Ausstandes abgehalten wurde.

Gent, 2. April. Der Sozialistenkongress nahm einstimmig eine Tagesordnung an, wonach die früheren Beschlüsse des allgemeinen Stimmrechts aufrechterhalten werden, ein allgemeiner Ausstand jedoch in dem Falle unterlassen werden soll, wo die Einschränkungen in Bezug auf das allgemeine Stimmrecht ausschließlich auf das Alter oder auf das Recht der Familienväter, mehrere Stimmen abzugeben, sich beziehen würden. Wenn man das Mehrheitsvotum den Grundbesitzern oder denjenigen, welche ein Diplom über gelehrte oder künstlerische Bildung aufweisen, bewilligen würde, dann sollte der Generalrath der Arbeiterpartei beauftragt werden, den allgemeinen Ausstand anzubefehlen. In der Stadt herrscht vollkommene Ruhe.

Frankreich.

Paris, 3. April. Man berichtet, daß Meline nach der Konstituierung des Kabinetts eine Erklärung abgeben wird, wonach die Regierung alle offensibaren Härten im Zollregime mildern möchte. (?) Mehrere Morgenblätter berichten, Poincare habe definitiv auf den Posten eines Finanzministers verzichtet. Man glaubt, das Portefeuille würde Jules Roche (der beim Panama-Skandal verfolgte Handelsminister. D. R.) angeboten werden.

Italien.

Rom, 2. April. Die „Agenzia Stefani“ meldet: Bei der silbernen Hochzeit des italienischen Königspaars wird der Kaiser von Rußland durch den Fürstinnen Wladimir, welcher sich in Begleitung seiner Gemahlin nach Rom begiebt, vertreten sein. Der König von Belgien entsendet eine außerordentliche Mission, bestehend aus General Fischer und zwei Adjutanten, nach Rom.

Rumänien.

Bukarest, 1. April. Die Session des Parlaments ist bis zum 20. d. M. verlängert worden. Die Deputirtenkammer nahm den Handelsvertrag mit Frankreich mit 83 gegen 28 und den Handelsvertrag mit der Schweiz mit 91 gegen 4 Stimmen an.

Amerika.

Der neue amerikanische Gesandte, der für Berlin bestimmt ist, Mr. Theodor Nunton, ist — wie ein Korrespondent der „Times“ bemerkt — niemals als ein Politiker — betrachtet worden. Seine Stellung als Advokat in New-Yersey ist eine höchst geschätzte. Als Kanzler des New-Yersey-Staates erwarb er sich eines sehr hohen Ansehens. Der neue Gesandte stammt aus einer alten französischen Hugenotten-Familie (der Name war ursprünglich Rognon). Er wurde 1822 in New-Yersey geboren. Er ist ein Jüngling der Yale-Universität, woselbst er graduierte, und ist seit einem halben Jahrhundert Mitglied des Adelsstandes in New-Yersey. Er kommandierte das 1. Detachement der Staatsstruppen — 3000 an Zahl — welches gerade vor der Schlacht von Bull Run in Washington ankam. Er bekleidete 15 Jahre lang das Kanzenamt in New-Yersey. Er ist als Schriftsteller wohl bekannt. Eine seiner Töchter hat sich als Romanschriftstellerin einen Namen gemacht.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 4. April. Der Monat April hat sich in diesem Jahre ganz gegen seine sonstige Gewohnheit auf das Beste eingestellt, heller Sonnenschein lachte zum Fenster herein, und es war daher nicht zu verwundern, daß während der Festtage sich Alt und Jung nach dem Freien sehnte und die Besucher der auswärtsigen Besale bereits in der glücklichen Lage waren, Massenbesuche empfangen zu können. Schiffe und Eisenbahnen waren überfüllt und in dichten Scharen gegen Fußgänger nach näher gelegenen Vergnügungsorten. In Glogow und auf dem Julo konzerierte die Offener-Kapelle, während Sommerlust das verstärkte Musikkorps der Artillerie gewonnen hatte. Von den in der Stadt gelegenen Lokalen bot Fritz Reintke's Garten (St. Mary) die beliebtesten Konzerte der Pionier-Kapelle, und weiter hatten auch der „Vod“ und das Restaurant am Westendsee für musikalische Unterhaltung gesorgt. Verschiedene Vereine benutzten das Fest zu größeren Ausflügen. So veranstaltete der Stettiner Turnverein eine Fahrt nach Freienwalde-Geborn, die Jugendabtheilung wanderte nach Scholwin-Warlow. Der kaufmännische Turnverein unternahm einen Marsch nach Stargard, der Stettiner Turnklub eine Wanderung nach Polchow-Barm-Gümbel-Rastow-Stolzenburg, und der Gewerband Stettin des deutschen Radfahrers-Bundes eine Gantour nach Vöcknitz. Auch der Stettiner Handwerkerverein arrangierte am Osterfesttag Nachmittags einen Spaziergang nach Eisenhöhe und Sommerlust. Die Theater hatten ihren Spielplan sehr anziehend gestaltet, aber gegen das herrliche Osterwetter war doch nicht zu konkurrieren und so zeigte sich besonders am 1. Feiertag manche Lücke im Zuschauerraum, während am 2. der Besuch nichts zu wünschen übrig ließ.

Eine Aufstellung der im Semester 1892-93 in den hiesigen Fach- und Fortbildungsschulen gefertigten Lehrlingsarbeiten veranfaßten die Zünfte der Friseur-, Klempner-

